

Erhebt wöchentlich zweimal mit Illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Wochenpiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Witz“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“.



Insertions- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemstr. 49.

Berliner Tageblatt

Nr. 467
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57. Jahrgang
Mittwoch, 3. Oktober 1923

Mexiko und U.S.A.

Die Alternative. — „Kubanisierung“ Mexikos? Politische und wirtschaftliche Abwehr der amerikanischen Expansion. — Auslandskapital und nationale Konsolidierung. — Die Aera Morrow. Alles ist im Fluss.

Von unserem Sonderkorrespondenten
Dr. Max Jordan.

Mexiko hat keine andere Alternative: entweder „Kubanisierung“ — oder wirtschaftliche Autarkie bis zu einem Grade, wo der Fortschritt des Landes, ja überhaupt seine Zukunft in Frage gestellt wird. Ein Drittes gibt es nicht. Das klingt zwar nicht ganz so dramatisch wie Sein oder Nichtsein; aber, politisch gesehen, läuft es auf dasselbe hinaus. Die Durchdringung des mexikanischen Wirtschaftslebens mit nordamerikanischem Kapital ist bereits so weit vorgeschritten, dass es schwerlich mehr ein Zurück geben kann. In kultureller Hinsicht sind selten zwei Staaten einander mehr wesensfremd als die Republiken nördlich und südlich des Rio Grande. Aber ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen lassen die Grenzlinie illusorisch erscheinen, und die geographische Faltigkeit, dass die Landstrecke zwischen der Union und der Achillesferse ihrer militärischen Verteidigungslinie, dem Panamakanal, zum größten Teil mexikanischer Staatsoberhoheit untersteht, macht vollends die schicksalhafte Verbundenheit der beiden Länder deutlich. Mexiko kann sich weder wirtschaftlich noch politisch von den Vereinigten Staaten abschliessen. Wirtschaftliche Isolierung würde den Stillstand der nationalen Entwicklung zur Folge haben und damit den kaum überwindenen Zustand chronischer innerer Wirren von neuem heraufbeschwören. Politische Isolierung aber wäre ohne einen offenen Antagonismus gegen die Vereinigten Staaten undenkbar und würde unweigerlich, früher oder später, das Ende staatlicher Autonomie für Mexiko bedeuten.

Die „Kubanisierung“, das heisst die — im Falle Kubas bereits erfolgte — allmähliche Einschränkung der Souveränität infolge des wachsenden, übermächtigen Einflusses nordamerikanischen Kapitals, droht darum auch Mexiko. Mehr als die Hälfte seines Gebiets hat Mexiko schon Anno 48 den Vereinigten Staaten als Siegespreis abtreten müssen. Was seitdem geschah, war nur die logische Folge der amerikanischen imperialistischen Expansion, deren Endziel sich heute noch nicht absehen lässt.

Die Mexikaner empfinden begreiflicherweise diese Aussichten nicht als ermutigend, und seit die nationalistiche und antiimperialistische Arbeiterpartei in der Regierung bestimmenden Einfluss errungen hat, setzen sie sich gegen die ökonomische Absorption durch die Yankees tapfer zur Wehr. Vor der „Aera Morrow“ hat die mexikanische Widerstand Washington erste Sorgen bereitet. Mexikanische Einflüsse waren für die Kämpfe in Nicaragua mit verantwortlich. Calles nahm mit der Anerkennung der liberalen nikaraguanischen Gegenregierung offiziell gegen den Kandidaten Washingtons Partei, und die Unterstützung des „Rebellen“ Sandino mit Geld und Waffen aus mexikanischen Quellen ging so weit, dass Präsident Coolidge sich genötigt sah, in einer Kongressbotschaft öffentlich gegen die Verwahrung einzulegen. Die öffentliche Meinung der Lateinamerikaner und auch der europäischen Länder ist damals, vor allem infolge der mexikanischen Imperialismusaktivität, stark gegen den amerikanischen Imperialismus aufgebracht worden, und Mexiko erschien als der wagemutigste, von einem brutalen Nachbar bedrohte Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts der kleinen entralamerikanischen Republiken.

Die wirtschaftliche Abwehr gegen das amerikanische Vordringen stützt sich auf die mexikanische Erfassung von 1917, deren Artikel 27 seit der Präsidentschaft Carranzas von den amerikanischen Interessenten in Mexiko als der hauptsächlichste Teil des Anstosses empfunden wurde. Amerikanische Petroleummagnaten hatten bis dahin wiederholt in Mexiko innerpolitische Auseinandersetzungen ein-

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder.

Einmütige Zustimmung zu Genf

Einstimmige Billigung der Haltung der deutschen Delegation.

Die Konferenz der präsidierenden Mitglieder der Landesregierungen über den Verlauf und das Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist in den gestrigen Mittagsstunden zu Ende gegangen. Zunächst berichtete der Reichskanzler Hermann Müller vor den vollzählig erschienenen Ministerpräsidenten der Länder und den Mitgliedern des Reichskabinetts über die Verhandlungen, die während seiner Anwesenheit in Genf geführt wurden. Der Reichskanzler gab einen eingehenden Ueberblick über den Stand der Fragen der Räumung, der Feststellungs- und Vergleichskommission und der Kom-

mission für die Reparationsfrage. Anschliessend referierte Staatssekretär Dr. von Schubert über die Verhandlungen nach der Abreise des Kanzlers von Genf. Staatssekretär von Schubert ging in seinem Referat insbesondere auf die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage ein. An die beiden Berichte schloss sich eine Aussprache, an der sich vor allem auch der Vertreter Bayerns beteiligte. Sie ergab die einmütige Billigung für die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Heute vormittag wird sich der Auswärtige Ausschuss des Reichstags mit den Genfer Verhandlungen befassen.

„Graf Zeppelin“

voraussichtlich heute vormittag
10 Uhr über Berlin

Die letzten Nachrichten von Bord des „Graf Zeppelin“ künden für heute früh den Flug über Berlin an. Das Luftschiff wird von seinem Flug über England und der Nordsee in den frühen Morgenstunden nach Deutschland zurückkehren, Bremen anfliegen und um 6 Uhr Hamburg passieren. Gegen 10 Uhr wird dann der Luftkreuzer über Berlin erscheinen. Nach mehreren Runden, die über das ganze Stadtgebiet hinwegführen sollen, wird der Rückflug nach Friedrichshafen angetreten werden, wo bereits vor Eintritt der Dunkelheit die Landung erfolgen soll. (Weitere Nachrichten Seite 4.)

gegriffen, die sich vorwiegend in der Form bewaffneter Rebellionen vollzogen. Es ist zweifelsfrei festgestellt, dass Standard Oil und die Dohenygruppe für Porfirio Diaz Sturz und den Ausbruch der Madero-Revolution in starkem Masse verantwortlich waren. Der englisch-amerikanische Petroleumkrieg war damals in seinem Anfangsstadium, und Washington und London spielten die verschiedenen mexikanischen Präsidentschaftsanwärter, je nach deren Zusicherungen für Petroleumkonzessionen an die eine oder die andere Partei, geschickt gegeneinander aus. Weil Diaz sich zu intensiv auf die englische Seite geschlagen hatte, schürten die Amerikaner die Umsturzbewegung, die seinem Regime nach 34jähriger Dauer ein Ende bereitete. Die Engländer hielten zu einem erfolgreichen Gegenhieb aus, indem sie Victoriano Huerta zur Macht verhalfen; aber schon zwei Jahre danach stand Carranza als Kandidat der Amerikaner an seiner Stelle. (Der letzte Eingriff der Amerikaner in die innere mexikanische Entwicklung war die Unterstützung des vergangenen Herbst von den Generalen Gomez und Serrano in Szene gesetzten Aufstandes gegen Calles durch eine Minderheit der amerikanischen Petroleumgruppen, deren Einfluss aber nicht stark genug war, um ihren Schützlingen den Erfolg zu sichern; beide Rebellen, die Obregons Gegenkandidaten für die Präsidentschaftswahl waren, büsstes ihren Wagemut mit dem Tode.) Carranza und seine Nachfolger haben dann, auf Artikel 27 der Verfassung fußend, der faktisch die Konfiskation ausländischen Bergwerks- und Oelquellenbesitzes ermöglicht, einen Kampf gegen die Uebermacht nordamerikanischen Kapitals aufgenommen, der wohl so lange andauern wird, als die Petroleumvorkommen in Mexiko nicht erschöpft sind.

Aus der mexikanischen Perspektive muss die Beschränkung und scharfe Kontrolle ausländischer und vor allem amerikanischer Kapitalanlagen als einzige praktische Abwehrmöglichkeit gegen die drohende völlige Ueberfremdung der heimischen Wirtschaft erscheinen. So erklären sich auch die gesetzgeberischen Massnahmen, die den Erwerb von Grund und Boden einschliesslich aller Mineralwerte für Ausländer von ganz bestimmten, die mexikanischen Vorrechte gewährleistenden Kautelen abhängig machen. Die wirtschaftliche Erstarkung des Landes

wird so lange gehemmt sein, als die Gewinne ausländischer Industrieunternehmen fast ausnahmslos ins Ausland exportiert werden, somit für Mexiko selbst nicht von unmittelbarem Nutzen sind. Dreiviertel der mexikanischen Ausfuhr gehen nach den Vereinigten Staaten (vor der Herabminderung der Petroleumproduktion war der amerikanische Anteil noch grösser), und nicht weniger als 80 Prozent der Gesamtausfuhr bestehen aus Erzeugnissen der Bergwerks- und Petroleumindustrie, die sich so gut wie ganz in ausländischen Händen befindet. Es bedarf keines weiteren Nachweises, dass diese gänzliche Abhängigkeit des Landes von der Ausbeute seiner Naturalreichtümer durch ausländische Unternehmer eine nationale Gefahr bedeutet, um so mehr als die begehrenswerten Petroleumquellen in absehbarer Zeit keinen Ertrag mehr liefern dürften.

Wird diese Ueberlegung weitergeführt, so ergibt sich ein Circulus vitiosus. Mexikos wirtschaftlicher Aufstieg wird behindert durch die Uebermacht ausländischen Kapitals. Dessen Erträge sollen darum in Zukunft, in stärkerem Masse als bisher, der mexikanischen Wirtschaft zugeführt werden, in erster Linie zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die jetzt infolge der verfehlten Agrarpolitik eine schwere Krise durchmacht, und dann zum allmählichen Aufbau einer einheimischen Industrie, die mit der Zeit Mexikos Schienbedarf an Fertigwaren decken könnte, sowie zur Erhaltung neuer Verkehrswege, zur Landbewässerung und zur Durchführung vieler anderer lebenswichtiger Projekte. Der Zufluss von Auslandskapital für den inneren Aufbau ist wiederum ganz und gar von dem Anreiz abhängig, den Mexiko für fremde Anlagen zu bieten vermag. Aber die Politik des bisherigen Wirtschaftsministers Monroes, die gekennzeichnet ist durch ihre auslandsfeindliche Tendenz, und seine radikale Sozialgesetzgebung waren alles andere als geeignet, ausländisches Kapital anzuziehen. Schon jetzt hat Mexiko darunter zu leiden, denn das ganze Land steht im Zeichen einer geschäftlichen Depression. Die grundsätzlich antikapitalistische Politik der Regierung lähmt jede private Initiative und lässt kein Vertrauen aufkommen in die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft.